

DOKUMENTATION UND ANALYSEN

Die Wahl zum Europäischen Parlament vom 7. Juni 2009 in Deutschland: SPD-Debakel im Vorfeld der Bundestagswahl

Oskar Niedermayer

Am Wahlabend des 7. Juni 2009 waren sich die Kommentatoren in der Beurteilung des Wahlergebnisses der SPD einig: Die erreichten 20,8 Prozent der Stimmen waren ein Debakel. Zum Abschneiden der CDU/CSU konnte man jedoch zwei gegensätzliche Aussagen hören: Die einen sahen die Union als Gewinner, die anderen als Verlierer an, und beide hatten Recht. Dieses Paradox ist Ausdruck des Doppelcharakters der Wahl zum Europäischen Parlament (EP). Einerseits werden damit die Mitglieder einer Institution auf der europäischen Ebene gewählt, andererseits ist sie immer auch eine „nationale Nebenwahl“¹, deren Ergebnis von der nationalen Politikebene mitbestimmt wird. Will man die Wahl von 2009 analysieren, so muss man sie sowohl mit der Europawahl von 2004 als auch mit der letzten nationalen Hauptwahl – also der Bundestagswahl von 2005 – vergleichen.² Der Vergleich mit der letzten Europawahl verdeutlicht die Veränderungen in der Verteilung der deutschen Mandate im EP, der Vergleich mit der Bundestagswahl zeigt die systematischen Unterschiede im Wahlverhalten bei Haupt- und Nebenwahlen auf, die die Ergebnisse der Europawahl prägen. Die wichtigsten Wahlverhaltensunterschiede lassen sich in zwei Hypothesen zusammenfassen: Bei Wahlen zum EP ist im Vergleich zur letzten nationalen Parlamentswahl (1) mit einer geringeren Wahlbeteiligung und (2) mit einem schlechteren Abschneiden der den Regierungschef stellenden Partei zu rechnen, weil in den Augen der Bürger weniger auf dem Spiel steht und die Bevölkerung in dieser Ansicht durch das Verhalten der Parteien und Massenmedien in den Wahlkämpfen bestärkt wird.

Dass EP-Wahlen als deutlich weniger wichtig eingestuft werden als Bundestagswahlen, ist durch zwei miteinander verbundene Faktoren erklärbar: Zum einen misst die Bevölkerung den politischen Entscheidungen des EP für das eigene Alltagsleben trotz des objektiven Kompetenzzuwachses des EP im politischen System der Europäischen Union und des gewachsenen Einflusses der europäischen Politik auf die nationale Politikebene immer noch eine relativ geringe Bedeutung zu.³ Zum anderen wird bei der Europawahl nicht über die

- 1 Zur Theorie der Wahlen zum EP als nationale Nebenwahlen vgl. *Karlheinz Reif/ Hermann Schmitt*, Nine Second-order National Elections: A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results, in: *European Journal of Political Research*, 8. Jg. (1980), H. 1, S. 3 – 44.
- 2 Im Vergleich zur Europawahl von 2004 hat die Union verloren, im Vergleich zur Bundestagswahl von 2005 gewonnen (vgl. Tabelle 1 im Abschnitt 3).
- 3 Bei der Frage, für wie wichtig die Bürger die Entscheidungen des Bundestags, der Landtage, der Gemeinderäte und des EP für sich selbst halten, landet das EP seit der ersten Direktwahl 1979 immer mit deutlichem Abstand auf dem letzten Platz. Bei der diesjährigen Wahl hielten 85 Prozent die Bundestagsentscheidungen für (sehr) wichtig, aber nur 56 Prozent die Entscheidungen des EP (vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V., *Europawahl. Eine Analyse der Wahl vom 7. Juni 2009*, Mannheim 2009, S. 26).

parteipolitische Zusammensetzung einer Regierung entschieden, so dass für die Bürger nicht unmittelbar ersichtlich ist, was ihre Stimmabgabe eigentlich politisch bewirkt. Die Auffassung, dass mit der Wahl tatsächlich eine politische Richtungsentscheidung getroffen wird und es daher darauf ankommt, wer gewinnt, ist daher bei EP-Wahlen nicht sehr ausgeprägt.

Zudem besteht bei Wahlen generell ein klarer Zusammenhang zwischen der Quantität bzw. Qualität von Wahlkampagnen und der Beteiligung, das heißt: Je intensiver und besser ein Wahlkampf von den Parteien geführt wird und je umfassender die Massenmedien darüber berichten, desto mehr Wähler werden erreicht und zur Beteiligung motiviert. Die Wahlkämpfe auf europäischer Ebene sind allerdings in der Regel durch einen „unseligen Teufelskreis wechselseitiger Einstellungen und Erwartungen“⁴ der Parteien, Medien und Bürger geprägt, der letztlich zu einer geringen Wahlbeteiligung führt: Die Parteien messen den Europawahlen einen relativ geringen Stellenwert zu und fahren daher eine „low-key“-Kampagne, weil sie primär auf die nationale Ebene fixiert sind, durch diese Wahlen weder direkt über eine supranationale Regierungsmacht noch über die Besetzung nationaler Regierungämter entschieden wird und sie davon ausgehen, dass die Wähler und Massenmedien angesichts verbreiteter Europaethargie intensive eigene Wahlkampfanstrengungen nicht honorieren werden. Die Massenmedien vernachlässigen das Thema Europa in Nichtwahlkampfzeiten und bleiben auch vor den Wahlen mit ihrer Berichterstattung quantitativ deutlich unter dem Niveau von nationalen Parlamentswahlen, weil sie sich an den Bedürfnissen des Publikums orientieren und von einem geringen Interesse ihrer Leser/Hörer/Zuschauer an diesem Bereich ausgehen. Die daraus resultierende geringe Intensität, mit der die Wahlkämpfe um das EP geführt und den Bürgern vermittelt werden, wirkt auf die Bürger zurück und verstärkt deren Sicht dieser Wahlen als „zweitrangig“. In den Kommentaren zur Wahlbeteiligung wird oft das zusätzliche Argument angeführt, die Bürger enthielten sich der Stimme, weil sie das EP als relativ machtlose „Quasselbude“ ansehen würden. Empirische Analysen zeigen jedoch, dass das EP im Vergleich mit der Europäischen Kommission und dem Rat der EU als die wichtigste europäische Institution angesehen und ihm auch das größte Vertrauen entgegengebracht wird.⁵ Das Problem ist vielmehr, dass die Bevölkerung der europäischen Politikebene im Allgemeinen und damit auch dem EP im Besonderen noch immer nicht annähernd die Bedeutung zumisst, die in der Realität gegeben ist.

Da nach EP-Wahlen keine Regierungsbildung aus einer Parlamentsmehrheit heraus erfolgt, ist bei denjenigen, die dennoch zur Wahl gehen, eine größere Bereitschaft zu „expressivem“ statt „strategischem“ Wählen zu vermuten: Das klare inhaltliche Bekenntnis zu einer Partei rangiert vor strategischen Überlegungen hinsichtlich ihrer Chance zur parlamentarischen Repräsentation oder Regierungsbeteiligung. Dies nützt eher kleinen, neuen, an spezifischen politischen Anliegen ausgerichteten oder extremistischen Parteien und schadet größeren. Auch die deutlich geringere Wahlbeteiligung trifft nicht alle Parteien gleichermaßen. Sie wirkt sich normalerweise eher zu Lasten der großen (Volks-)Parteien aus, da die

4 Oskar Niedermayer, Analyse der Europawahl 2004 und Empfehlungen für 2009. Gutachten im Auftrag der Landeszentrale für politische Bildung Brandenburg, Berlin 2008, S. 24. Vgl. auch Jens Tenschler (Hrsg.), Wahl-Kampf um Europa, Wiesbaden 2005.

5 Vgl. Oskar Niedermayer, Das Europäische Parlament in der öffentlichen Meinung – bekannt aber wenig relevant, in: *Integration*, 9. Jg. (2009), H. 3, S. 231 – 245.

Wähler kleinerer Parteien oft enger ideologisch an diese gebunden und damit besser zu mobilisieren sind.

Europawahlen können von den Wählern zudem dazu benutzt werden, ihrer Haltung gegenüber den nationalen Regierungsparteien Ausdruck zu verleihen. Regierungen unterliegen zwischen zwei nationalen Parlamentswahlen in der Regel einem Popularitätszyklus: Sie haben vor der Wahl bei ihren Anhängern hohe Erwartungen geweckt, die sie durch ihre konkrete Politik meist enttäuschen, insbesondere in den ersten Jahren der Wahlperiode, weil die Logik des Regierungshandelns gebietet, unpopuläre und schmerzhaft Maßnahmen möglichst bald nach der Wahl zu verabschieden, damit sie bis zur nächsten Wahl von der Bevölkerung wieder vergessen sind. Mit dem Näherrücken der Parlamentswahl treten dann die positiven Aspekte des Regierungshandelns – auch in Form von „Wahlgeschenken“ – und die längerfristigen Parteibindungen wieder stärker in den Vordergrund. Daher ist zu erwarten, dass ein Teil der Bürger die Europawahlen, wenn sie nicht sehr kurz vor oder nach einer nationalen Wahl stattfinden, zur Abstrafung der nationalen Regierung benützt, wobei dieses „Protestwahlverhalten“ auch extremistischen Parteien nutzen kann. Gerade auch Anhänger der Regierungsparteien können ihrer Partei einen Denkkzettel verpassen, ohne dass dies für die nationale Machtverteilung unmittelbare Konsequenzen hat. Dieses Verhalten trifft vor allem die Partei, die das Regierungshandeln am stärksten prägt, also die Kanzlerpartei.

Das Ergebnis einer Wahl zum EP ist somit in beträchtlichem Ausmaß von der jeweiligen innenpolitischen Situation abhängig und spiegelt diese wider. Ein Teil der Wähler – in der Regel eine deutliche Minderheit – lässt sich nach eigenem Bekunden bei ihrer Entscheidung jedoch durchaus von europapolitischen Überlegungen leiten, und die europäischen Wahlkämpfe werden von den Parteien zwar in der Regel für nationale Zwecke instrumentalisiert, die Eurothematik spielt aber durchaus eine Rolle, so dass die Ergebnisse von EP-Wahlen auch – aber eben bei weitem nicht nur – von den europapolitischen Präferenzen der Wähler beeinflusst werden.

1. Die Ausgangslage

Schon die vorletzte Europawahl im Jahre 2004 war „ein schwarzer Tag für die SPD“⁶ gewesen. Sie wurde wegen der mangelnden Akzeptanz des arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Reformkurses (Agenda 2010), mit dem Bundeskanzler *Gerhard Schröder* die Positionierung seiner Partei im Sozialstaatskonflikt zwischen marktliberalen und an sozialer Gerechtigkeit orientierten Positionen in Richtung Marktliberalismus verschoben hatte, dramatisch abgestraft. Auch die nachfolgenden vier Landtagswahlen endeten mit einer Niederlage, und als die Partei bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl am 22. Mai 2005 auch noch ihr Kernland an die CDU verlor, trat man die Flucht nach vorne an und verkündete die Vornahme der Bundestagswahl auf den Herbst 2005.⁷ Dass die SPD bei dieser Wahl keine

6 *Oskar Niedermayer*, Die Wahl zum Europäischen Parlament vom 13. Juni 2004 in Deutschland: Ein schwarzer Tag für die SPD, in: *ZParl*, 36. Jg. (2005), H. 1, S. 3 – 19.

7 Zum Folgenden vgl. ausführlicher: *Oskar Niedermayer*, Parteien und Parteiensystem, in: *Sebastian Bukow / Wenke Seemann* (Hrsg.), *Große Koalition – Große Veränderungen?*, Wiesbaden 2009 (im Erscheinen).

weitere dramatische Niederlage erlitt, sondern letztendlich fast zur Union aufschließen konnte, lag zum großen Teil an der Union selbst. Auch die CDU-Vorsitzende *Angela Merkel* hatte die Positionierung ihrer Partei im Sozialstaatskonflikt in Richtung Marktfreiheitspol verschoben. Die programmatische Neuausrichtung der Union zusammen mit der Ernennung *Paul Kirchhofs* zum Schatten-Finanzminister bot der SPD in der Schlussphase des Wahlkampfes die Gelegenheit, sich wieder stärker als Partei der sozialen Gerechtigkeit darzustellen und die Union durch eine geschickte negative-campaigning-Strategie noch mehr in die marktliberale Ecke der „sozialen Kälte“ zu treiben. Damit konnten einige abtrünnige Wähler wieder für die SPD mobilisiert werden, aber eben nicht alle. Im Endeffekt verloren beide Großparteien durch die von ihren Vorsitzenden betriebene Positionsverlagerung im Sozialstaatskonflikt einen Teil ihrer sozialstaatsorientierten Klientel.

Dies führte in der Anfangszeit der nach der Wahl gebildeten Großen Koalition noch nicht zu einer Neuausrichtung ihrer Politik in diesem Bereich, im Gegenteil: Mit der Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre, der Kürzung der Pendlerpauschale und der Gesundheitsreform wurden Entscheidungen getroffen, die von der großen Mehrheit der Bürger als sozial ungerecht empfunden und abgelehnt wurden. Doch spätestens ab der Mitte der Wahlperiode war „eine ‚Re-Sozialdemokratisierung‘ sowohl bei der Union als auch bei den Sozialdemokraten selbst“⁸ zu beobachten. Die weitere politische Agenda wurde von sozialstaatlichen Maßnahmen beziehungsweise Forderungen wie der Teilrücknahme der durch die Agenda 2010 ausgelösten Verkürzung der Bezugsdauer beim Arbeitslosengeld I, der Einführung von Mindestlöhnen, der vollen Wiedereinführung der Pendlerpauschale, der Aussetzung des *Riester*-Faktors in der Rentenversicherung und der Flexibilisierung der Rente mit 67 geprägt.

Die SPD leitete ihre Abkehr von der Agendapolitik *Schröders* ab Mitte 2007 mit Initiativen zur Modifikation des Arbeitslosengeldes I und zur Einführung eines Mindestlohns ein. Institutionalisiert wurde die Neupositionierung durch ihr auf dem Hamburger Parteitag Ende 2007 beschlossenes neues Grundsatzprogramm, mit dem sie sich endlich auf der Siegerstraße wähnte, da man sich im Einklang mit der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung sah. Dies war jedoch ein Trugschluss: Die Partei verlor weiter an Wählerrückhalt und dümpelte seit Mitte 2008 in der politischen Stimmung bei etwa 25 Prozent, während die Union zwar weit von früheren Höhenflügen entfernt war, sich aber bei etwa 40 Prozent stabilisieren konnte. Anscheinend hat der Union ihr Ausflug in Richtung Marktliberalismus nicht dauerhaft geschadet, während die SPD in den Augen vieler Bürger ihren Markenkern verlor, nämlich die Partei der sozialen Gerechtigkeit und der kleinen Leute zu sein, und damit einen Teil ihrer traditionellen Klientel dauerhaft verprellte.

Die Gefahr einer Verfestigung dieser Entwicklung zu einer längerfristigen, strukturellen Nachteilsposition gegenüber der Union stieg deutlich durch die Tatsache, dass die Agendapolitik *Schröders* eine Repräsentationslücke erzeugte, die letztendlich durch eine Neustrukturierung des Parteiensystems in Gestalt der Linkspartei geschlossen wurde. Dieser Prozess begann 2004 mit der zunächst als Verein gegründeten „Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit“ (WASG), die sich – getragen von gewerkschaftsorientierten Sozialdemokraten und Gewerkschaftern – als Protestgruppierung gegen die Agenda 2010 etabliert hatte. Für die PDS, die sich nach ihrer Niederlage bei der Bundestagswahl 2002 erst mit der EP-

8 *Gerd Mielke*, Parteiensystem im Umbruch? Anmerkungen zur Großen Koalition, in: Forschungsjournal NSB, 20. Jg. (2007), H. 4, S. 25 – 36, S. 31.

Wahl 2004 durch eine konsequente Eigenstilisierung als einzige Partei der sozialen Gerechtigkeit und des Protests gegen den Sozialabbau ihren Platz im bundesweiten Parteiensystem zurückerkämpfen konnte, drohte die neue Gruppierung zur westdeutschen Konkurrentin zu werden, bot aber auch die Chance, durch ein Zusammengehen das Vehikel für die erstrebte Westausdehnung zu bilden. Die Führung der PDS traf sehr früh die strategische Grundentscheidung, nicht auf Konfrontationskurs zur Mitte Januar 2005 als Partei konstituierten WASG zu gehen, und der Klärungsprozess des Verhältnisses der beiden Parteien wurde durch die Ankündigung vorgezogener Bundestagsneuwahlen wesentlich beschleunigt. Nach nicht ganz einfachen Verhandlungen einigte man sich darauf, dass die in „Die Linkspartei.PDS“ umbenannte PDS mit WASG-Mitgliedern auf ihren Landeslisten an der Bundestagswahl teilnehmen sollte. Die Zusammenarbeit führte zum gewünschten Wahlerfolg und dessen disziplinierende Wirkung wiederum führte trotz einer ganzen Reihe von Unterschieden zwischen den beiden Partnern zu einem Konsolidierungsprozess, der sich im Mai 2007 bei der Landtagswahl in Bremen im ersten Einzug in ein westdeutsches Landesparlament niederschlug. Im Juni 2007 wurde der Fusionsprozess mit der Gründung der neuen Partei Die Linke formell abgeschlossen. Die Landtagswahlen 2008 brachten dann mit dem Einzug in die Landesparlamente Hessens, Niedersachsens und Hamburgs den Durchbruch im Westen und bei der vorgezogenen Neuwahl in Hessen Anfang 2009 konnte sie ihre parlamentarische Präsenz sichern.

Dass die SPD zur Bundestagswahl 2005 genügend Wähler mobilisieren konnte, um zur Union aufzuschließen, war auch ihrem personellen Angebot in Gestalt ihres Spitzenmanns *Gerhard Schröder* zu verdanken. Seit dessen Rückzug hatte die SPD jedoch ein Problem mit ihrem Spitzenpersonal. Während *Angela Merkel* trotz aller immer wieder vorgetragenen Kritik letztendlich die gesamte Zeit über die unangefochtene Nr. 1 der CDU blieb⁹, wechselte die SPD bis Ende 2008 dreimal den Parteivorsitzenden und trennte letztlich Parteivorsitz und Spitzenkandidatur: *Franz Müntefering*, der das Amt des Parteivorsitzenden Anfang 2004 von *Gerhard Schröder* übernommen hatte, trat Ende Oktober 2005 nach einer Abstimmungsniederlage über die Frage des vakanten Generalsekretärspostens zurück. Sein Nachfolger, der brandenburgische Ministerpräsident *Matthias Platzeck*, gab das Amt im April 2006 aus gesundheitlichen Gründen auf. Der dritte Vorsitzende, der rheinland-pfälzische Ministerpräsident *Kurt Beck*, wurde mit zunehmender Amtszeit von den Bürgern immer weniger positiv beurteilt und lag ab Mitte 2007 deutlich hinter *Angela Merkel* zurück. Sein Agieren in der Frage einer Zusammenarbeit der SPD mit der Linkspartei bei der Regierungsbildung nach der Landtagswahl in Hessen Ende Januar 2008 führte zunächst zu einem dramatischen Absturz in der Wählergunst und schließlich Anfang September 2008 zur Niederlegung seines Amtes. Seine Nachfolge als Parteivorsitzender trat wieder *Franz Müntefering* an, Kanzlerkandidat wurde Außenminister *Frank-Walter Steinmeier*. Dem neuen Führungsduo gelang es in der Folgezeit zwar, die „Selbsterstörung auf öffentlicher Bühne der Beck-Ära“¹⁰ zu beenden, die Umfragewerte für die SPD verbesserten sich jedoch nicht.

9 Nicht verschwiegen werden sollen hier natürlich die Personalprobleme der CSU, das heißt der Sturz *Edmund Stoibers*, die Schwierigkeiten des nachfolgenden Führungsduos *Günther Beckstein* und *Erwin Huber* und der Neuanfang mit *Horst Seehofer* nach der verlorenen bayerischen Landtagswahl im Herbst 2008.

10 *Stefan Reinecke*, Die letzte Volkspartei, in: die tageszeitung vom 11. Juni 2009.

Auch die ab Oktober 2008 schlagartig ins Bewusstsein der Bürger rückende Finanzkrise und die Anstrengungen der Regierung zur Gegensteuerung führten nicht zu einer Verbesserung der SPD-Werte. Allerdings beschworen die Krisenbewältigungsmaßnahmen und die Diskussion um eine Verstaatlichung von Banken beziehungsweise eine Staatsbeteiligung an Produktionsunternehmen in der Union eine erneute Debatte um die Positionierung im Rahmen der sozio-ökonomischen Konfliktlinie herauf und führten zu der paradoxen Situation, dass die FDP als Partei, die den marktliberalen Pol des Parteiensystems vertritt, von dem Desaster des ungezügelt Marktliberalismus profitierte, indem sie von der CDU-internen Diskussion irritierte wirtschaftsliberale Wähler von der Union abzog. Zudem führte das Desaster der CSU, die bei der bayerischen Landtagswahl im September 2008 nach über vierzig Jahren die absolute Mehrheit verloren hatte, zu gesteigerten Profilierungsversuchen der neuen Führungsmannschaft unter *Horst Seehofer* und damit zu unionsinternen Streitereien.

2. Der Wahlkampf

Für alle Parteien war die EP-Wahl strategisch eine Zwischenstation auf dem Weg zur wenige Monate danach stattfindenden Bundestagswahl. Zwar wurde in den Werbekampagnen die nationale mit der europäischen Politikebene verbunden, aber „neben einem bisschen Pro und Contra Türkei-Beitritt oder dem Geplänkel, wer als nächster EU-Kommissar nach Brüssel darf, waren echte europapolitische Debatten oder Kernaussagen ... Mangelware“¹¹. Die heiße Phase des Wahlkampfs wurde eindeutig von den Themen Opel- und Karstadt-Rettung dominiert.

Für die SPD sollte in der Dramaturgie des Wahljahres 2009 die Europawahl nach dem Desaster der vorgezogenen Landtagswahl in Hessen im Januar¹² und der einkalkulierten Niederlage der eigenen Kandidatin *Gesine Schwan* gegen Amtsinhaber *Horst Köhler* bei der Bundespräsidentenwahl im Mai die erhoffte Wende bringen. Das Durchschlagen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft bot die Gelegenheit, sich als Hüterin der sozialen Gerechtigkeit und Anker in der Wirtschaftskrise, insbesondere als Nothelfer für vom Jobverlust bedrohte Arbeitnehmer zu profilieren. Mit einer aggressiven Negativ-Kampagne in der Plakatwerbung prangerte man Union und FDP als Lobby-Vereine des Kapitals und der Manager an¹³, um die eigene Klientel durch ein neoliberales Feindbild zu mobilisieren. Dem eigentlichen Spitzenkandidaten *Martin Schulz* wurde auf den Plakaten der nationale Kanzlerkandidat *Frank-Walter Steinmeier* beiseite gestellt. Dieser profilierte sich in der von der Opel- und Karstadtkrise dominierten Schlussphase als Staatsmann, der „Rettungswesten an alle verteilen kann“¹⁴. Gleichzeitig versuchte man, CSU-Wirtschaftsminister *Karl-*

11 Forschungsgruppe Wahlen e.V., a.a.O. (Fn. 3), S. 20.

12 Die nach dem dramatischen Scheitern des Versuchs der hessischen SPD-Vorsitzenden *Andrea Ypsilanti*, in Hessen eine rot-grüne Minderheitsregierung mit Duldung der Linkspartei zu bilden, anberaumte vorgezogene Neuwahl endete wie erwartet mit einem Absturz der SPD von 36,7 auf 23,7 Prozent.

13 „Dumpinglöhne würden CDU wählen“ und „Finanzhaie würden FDP wählen“. Die Linke war für die SPD nur „heiße Luft“, und die Grünen wurden nicht angegriffen.

14 *Florian Gathmann | Dirk Kurbjuweit | Roland Nelles | René Pfister | Christian Reiermann*, Agenda 2005, in: *Der Spiegel* vom 30. Mai 2009, S. 24 – 27, S. 25.

Theodor zu Guttenberg, der immer wieder ‚geordnete Insolvenzen‘ als Alternative zur Staatshilfe ins Spiel brachte, als „finsteren Ritter des Neoliberalismus“¹⁵ und Personifizierung der sozialen Kälte zu stilisieren.

Auf der Unionsseite führte die Strategie der CSU, zur optimalen Wählermobilisierung in Bayern ihre Eigenständigkeit und Sonderrolle zu unterstreichen, diesmal zu getrennten Kampagnen und getrennten Wahlprogrammen, weitere Streitigkeiten wurden im Wahlkampf aber vermieden. Beide Kampagnen wurden „besonders konsequent ... von Inhalt befreit“¹⁶. Die CDU führte im Gegensatz zur SPD einen Wahlkampf ohne negative-campaigning. Unter dem Motto „Wir in Europa“ ging es darum, der Wählerschaft zu vermitteln, dass „ein starkes Deutschland erfolgreich Politik in und für Europa macht“¹⁷. In der Schlussphase erfolgte eine deutliche Personalisierung mit großflächigen Kanzlerinnen-Portraits; der eigentliche Spitzenkandidat, *Hans-Gert Pöttering*, geriet immer mehr in den Hintergrund. Die CSU, die unter dem Druck stand, allein mit ihren bayerischen Wählerstimmen bundesweit über die Fünf-Prozent-Hürde kommen zu müssen, zog mit dem Schlachtruf in die Wahl, Europa müsse demokratischer, dezentraler und vor allem bayerischer werden, was nur mit der CSU gelingen könne. Der Gefahr einer geringen Wahlbeteiligung durch den Termin mitten in den bayerischen Pfingstferien begegnete man durch eine breit angelegte Briefwahlkampagne; die Gefahr der Stimmenverluste an die Freien Wähler, die nach ihrem guten Landtagswahlergebnis in Bayern nun bundesweit antraten, wurde durch deren Selbsterlegung vor der Wahl¹⁸ reduziert. In der Schlussphase sammelte man Stimmen durch die geschickte Doppelstrategie, allen alles zu versprechen, personifiziert durch den „Herz-Jesu-Marxisten“ *Horst Seehofer*, der alle „irgendwie für Bayern relevanten Arbeitgeber retten möchte“, und den CSU-Wirtschaftsminister *Karl-Theodor zu Guttenberg*, der „zu erkennen gab, wie sehr ihm solche Rundum-Rettungsaktionen mit Steuermillionen widerstreben“¹⁹.

Die FDP richtete im Gegensatz zu den anderen Parteien ihre Wahlkampfstrategie konsequent auf eine Personalisierung mit ihrer attraktiven Spitzenkandidatin *Silvana Koch-Mehrin* aus, präsentierte sich in den Werbespots mit Bildern von Trümmerfrauen, Mauerbau und 74er Fußball-WM als die Freiheitskämpferin Europas und empfahl sich den Wählern mit einem wirtschaftsliberalen Kurs „Für Deutschland in Europa“, ohne in einen neoliberalen Marktradikalismus zu verfallen. Die Grünen versuchten als einzige Partei, den Wahlkampf unter dem Motto „Grüner New Deal“ für Europa gesamteuropäisch zu organisieren, in der Bundesrepublik warben sie mit dem – sich dem Betrachter erst beim näheren Hinsehen erschließenden – Slogan „WUMS! Für ein besseres Europa“²⁰, der die Verbindung der umweltpolitischen Kernkompetenz der Grünen mit wirtschafts- und sozialpoliti-

15 Ebenda, S. 27.

16 *Hendrik Kafsack / Werner Mussler / Michael Stabenow*, Die große Unverbindlichkeit. Wahlprogramme sind da konkret, wo die Zuständigkeit fehlt, in: FAZ vom 3. Juni 2009, S. 10.

17 So der Generalsekretär *Ronald Pofalla* bei der Vorstellung der Plakatkampagne.

18 Die starken Landesverbände Baden-Württembergs und Sachsens machten bei der Europawahl von Anfang an nicht mit, und Anfang April schloss der Bundesvorstand sowohl den Bremer als auch den Brandenburger Landesverband wegen Anzeichen für eine rechte Unterwanderung aus. Dies minderte die Chancen trotz der Spitzenkandidatur der bundesweit bekannten „*Stoiber-Stürzerin*“ *Gabriele Pauli*.

19 *Annette Ramelsberger*, Alles – und das Gegenteil davon, in: SZ vom 9. Juni 2009.

20 Die Abkürzung WUMS stand für Wirtschaft und Umwelt, menschlich und sozial.

scher Kompetenz signalisieren sollte. Als Doppelspitze fungierten die Vizepräsidentin der Grünen im EP, *Rebecca Harms*, und der ehemalige Parteivorsitzende *Reinhard Bütikofer*. Der Wahlkampf der Linken wurde von parteiinternem Streit um die politische Strategie im Allgemeinen (Fundamentalkritik am kapitalistischen System oder Reformorientierung) und die europapolitische Strategie im Besonderen überschattet, wobei auf dem Europaparteitag inhaltlich wie personell die auf radikale Kritik an der gegenwärtigen EU setzenden Kräfte die Oberhand gewannen. Die langjährigen Europaabgeordneten *André Brie* und *Sylvia-Yvonne Kaufmann* wurden nicht mehr aufgestellt²¹, und das Wahlprogramm forderte einen radikalen Politikwechsel in Europa. Der Spitzenkandidat, der amtierende Parteivorsitzende *Lothar Bisky*, trat den Vorwürfen der Europafeindlichkeit mit der Aussage entgegen, man sei „europakritisch – was die herrschende Politik betrifft“, und im Wahlkampf stellte man vor allem den Antimilitarismus und das konsequente Eintreten für soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt.

3. Das Wahlergebnis

Bei Europawahlen können – im Gegensatz zu Bundestagswahlen – Wahlvorschläge nicht nur von Parteien, sondern auch von „sonstigen politischen Vereinigungen“²² (spV) eingereicht werden, Einzelbewerbungen sind nicht möglich, und es gilt die Fünf-Prozent-Hürde. Die Listenvorschläge sind in Form von gemeinsamen Listen für alle Länder beim Bundeswahlleiter oder in Form von Listen für einzelne Bundesländer bei den betreffenden Landeswahlleitern einzureichen. Über die Zulassung entscheiden der Bundes- beziehungsweise die Landeswahlausschüsse. Bis zum Ablauf der Einreichungsfrist hatten 38 Parteien/spV gemeinsame Listen für alle Länder eingereicht, wovon 30 zugelassen wurden.²³ Zusätzlich wurden die 15 Landeslisten der CDU und die bayerische Landesliste der CSU zugelassen, so dass insgesamt 32 Parteien/spV an der Wahl teilnahmen und die Stimmzettel in allen Bun-

21 *Sylvia-Yvonne Kaufmann* trat gut drei Wochen vor der Wahl aus der Partei aus und zur SPD über. Sie begründete ihren Schritt mit der „antieuropäischen“ und „verbalradikalen Haltung“ der Linkspartei, die zu „einem Haufen von Sektierern“ verkommen sei und eine „europapolitische Geisterfahrt“ betreibe. Vgl. *Mechthild Küpper*, Linkspartei. Flucht vor den Sektierern, in: FAZ.NET vom 14. Mai 2009.

22 Das sind laut Europawahlgesetz (§ 8 Abs. 1) mitgliedschaftlich organisierte, auf Teilnahme an der politischen Willensbildung und Mitwirkung in Volksvertretungen ausgerichtete Vereinigungen mit Sitz, Geschäftsleitung, Tätigkeit und Mitgliederbestand in den Gebieten der Mitgliedstaaten der EU.

23 Zugelassen wurden – neben CDU, CSU, SPD, FDP, Bündnis 90 / Die Grünen und Die Linke – folgende Parteien: 50Plus Das Generationen-Bündnis; Ab jetzt...Bündnis für Deutschland, für Demokratie durch Volksabstimmung; AUF – Partei für Arbeit, Umwelt und Familie, Christen für Deutschland; Aufbruch für Bürgerrechte, Freiheit und Gesundheit; Bayernpartei; Bürgerrechtsbewegung Solidarität; Christliche Mitte – Für ein Deutschland nach Gottes Geboten; Deutsche Kommunistische Partei; Deutsche Volksunion; Die Grauen – Generationspartei; Die Republikaner; Die Violetten, für spirituelle Politik; Europa – Demokratie – Esperanto; Familien-Partei Deutschlands; Feministische Partei Die Frauen; Freie Bürger-Initiative; Für Volksentscheide (Wählergemeinschaft); FW Freie Wähler; Mensch Umwelt Tierschutz; Newropeans; Ökologisch-Demokratische Partei; Partei Bibeltreuer Christen; Partei für Soziale Gleichheit, Sektion der Vierten Internationale; Piratenpartei Deutschland; Rentnerinnen und Rentner Partei und Rentner-Partei-Deutschland.

desländern 31 Wahlvorschläge enthielten. Um die 99 der Bundesrepublik zustehenden Sitze konkurrierten diesmal insgesamt 1061 Bewerber (einschließlich Ersatzbewerber: 1196).

Von den 62.222.873 Wahlberechtigten²⁴ gingen diesmal 26.923.614 zur Wahl. Damit stieg die Wahlbeteiligung gegenüber der Europawahl von 2004 leicht von 43,0 auf 43,3 Prozent an, liegt jedoch immer noch sehr deutlich unter der Beteiligung bei Bundestagswahlen (2005: 77,7 Prozent). Wie schon bei den vorangegangenen EP-Wahlen, war die Beteiligung auch diesmal regional sehr unterschiedlich²⁵ und wurde stark davon beeinflusst, ob gleichzeitig die von der Bevölkerung als wichtiger angesehenen Kommunalwahlen stattfanden²⁶. Diejenigen Bürger, die wählen gingen, bescherten der SPD ein Debakel. Statt deutlich zuzulegen, verloren die Sozialdemokraten gegenüber 2004 nochmals und fuhren mit 20,8 Prozent das schlechteste jemals bei einer bundesweiten Wahl erreichte Ergebnis ein (vgl. Tabelle 1). Die Union konnte – mit deutlichen Verlusten gegenüber 2004, aber Gewinnen gegenüber der Bundestagswahl von 2005 – ihre Vormachtstellung mit 37,9 Prozent untermauern, wobei die CSU mit 48,1 Prozent in Bayern deutlich zum Gesamtergebnis beitrug und damit ihr Ziel erreichte, nach der verheerenden Landtagswahlniederlage wieder Tritt zu fassen. Die drei kleinen Parteien gewannen hinzu, wobei die Grünen ihren Spitzenplatz gegenüber der FDP knapp behaupten konnten.

Tabelle 1: Ergebnis der Wahl zum Europäischen Parlament 2009 im Vergleich zur Europawahl 2004 und zur Bundestagswahl 2005

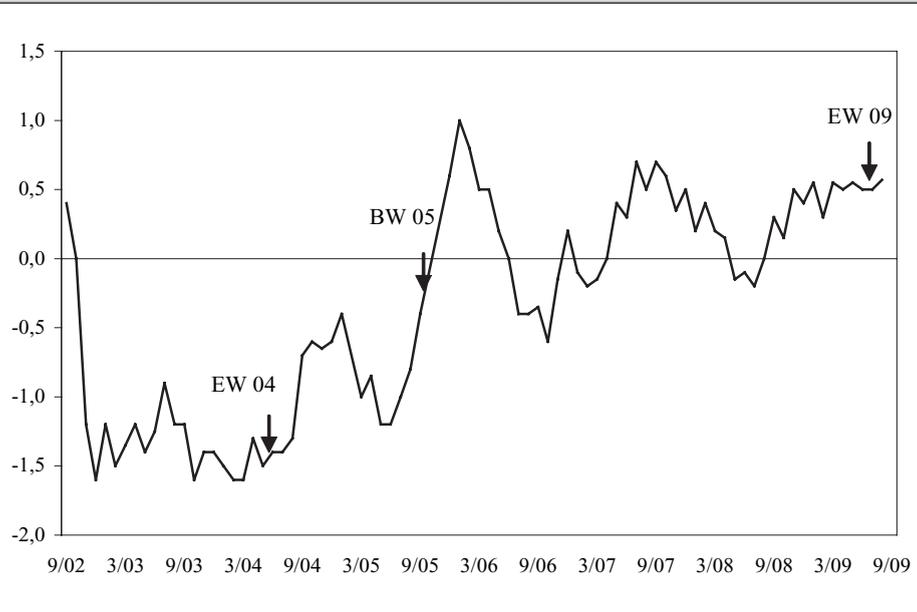
	EW 2009			EW 2004		BW 2005
	Anzahl	Prozent	Sitze	Prozent	Sitze	Prozent
Wahlberechtigte	62.222.873					
Wähler	26.923.614	43,3		43,0		77,7
Gültige Stimmen	26.333.444					
CDU	8.071.391	30,7	34	36,5	40	27,8
CSU	1.896.762	7,2	8	8,0	9	7,4
CDU/CSU	9.968.153	37,9	42	44,5	49	35,2
SPD	5.472.566	20,8	23	21,5	23	34,2
Grüne	3.194.509	12,1	14	11,9	13	8,1
FDP	2.888.084	11,0	12	6,1	7	9,8
Die Linke	1.969.239	7,5	8	6,1	7	8,7
Sonstige	2.840.893	10,8	–	7,8	–	4,0

Quelle: Bundeswahlleiter.

- 24 Die Zahl der Wahlberechtigten umfasst außer den in Deutschland lebenden Deutschen auch in Deutschland lebende nichtdeutsche Unionsbürger und im Ausland lebende Deutsche, die sich in Wählerverzeichnisse in der Bundesrepublik Deutschland eintragen ließen.
- 25 Die Wahlbeteiligung reichte von 29,9 Prozent in Brandenburg; 34,7 Prozent in Hamburg; 35,1 Prozent in Berlin; 36,8 Prozent in Schleswig-Holstein; 37,8 Prozent in Sachsen-Anhalt; 37,9 Prozent in Hessen; 38,9 Prozent in Bremen; 40,5 Prozent in Niedersachsen; 41,8 Prozent in Nordrhein-Westfalen; 42,3 Prozent in Bayern; 46,6 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern; 47,6 Prozent in Sachsen; 52,0 Prozent in Baden-Württemberg; 53,0 Prozent in Thüringen; 55,6 Prozent in Rheinland-Pfalz bis 58,6 Prozent im Saarland.
- 26 In sechs der sieben Bundesländer, in denen gleichzeitig Kommunalwahlen stattfanden, lag die Wahlbeteiligung deutlich über dem Bundesdurchschnitt, vgl. hierzu auch den Beitrag von *Angelika Vetter* in diesem Heft.

Auch diese Wahl war durch die nationale Politikarena dominiert. Nur etwa ein Drittel der Wähler gab an, europapolitische Aspekte hätten bei ihrer Wahlentscheidung die entscheidende Rolle gespielt.²⁷ Dass die Union gegenüber der Bundestagswahl 2005 zulegen konnte, scheint der anfangs erläuterten zentralen Hypothese zu widersprechen, dass bei Europawahlen im Vergleich mit der letzten Hauptwahl mit einem schlechteren Abschneiden der den Regierungschef stellenden Partei zu rechnen ist. Allerdings fand die Europawahl diesmal wenige Monate vor der Bundestagswahl und damit sehr spät im nationalen Wahlzyklus statt; außerdem bezieht sich die These letztendlich nicht auf den Zeitpunkt der Wahl, sondern auf die zum Wahlzeitpunkt bestehende Regierungspopularität, das heißt mit einem schlechteren Abschneiden der Kanzlerpartei ist nur zu rechnen, wenn die Bewertung der Regierung durch die Bürger dem üblichen, anfangs beschriebenen Popularitätszyklus zwischen zwei nationalen Parlamentswahlen folgt. Das war bei der vorletzten Europawahl von 2004 der Fall, wie Abbildung 1 verdeutlicht. Die Wahl fand zu einem Zeitpunkt statt, in dem die Bewertung der SPD-geführten Bundesregierung aufgrund der Proteste gegen die Agenda 2010 ihren Tiefpunkt erreicht hatte. Die Popularitätskurve der Großen Koalition nach 2005 folgte jedoch nicht dem üblichen Muster, und zum Zeitpunkt der Europawahl 2009 wurde die Arbeit der Regierung positiv bewertet.

Abbildung 1: Bewertung der Arbeit der Bundesregierung von 2002 bis 2009
(Mittelwerte einer Skala von -5 bis +5)



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen e.V., Politbarometer, diverse Ausgaben.

27 Vgl. Infratest dimap, Wahlreport. Wahl zum Europäischen Parlament 7. Juni 2009, Berlin 2009, S. 61 und Forschungsgruppe Wahlen e.V., a.a.O. (Fn. 3), S. 27.

Betrachtet man die beiden kurzfristigen Einflussfaktoren auf das Wahlverhalten – die Orientierungen der Wähler gegenüber den Spitzenkandidaten und den im Wahlkampf relevanten Themen – so wird deutlich, warum die Union so viel besser abschnitt als die SPD. Die Spitzenkandidaten beider Parteien waren als Mobilisierungsfaktor nicht geeignet. *Hans-Gert Pöttering* und *Martin Schulz*, auf der europäischen Ebene als EP-Präsident und Fraktionsvorsitzender wichtige Persönlichkeiten, fehlten dafür schon die Grundvoraussetzung, nämlich eine ausreichende Bekanntheit.²⁸ Mit dem nationalen Kanzlerkandidaten und der Kanzlerin zu werben, war daher durchaus sinnvoll. Im Vergleich mit *Angela Merkel* schnitt *Frank-Walter Steinmeier* allerdings deutlich schlechter ab, und zwar sowohl bei der Gesamtheit der Befragten als auch bei den eigenen Anhängern. Dies galt nicht nur für die zusammenfassende Bewertung, sondern auch für alle vier Komponenten, die bei der Imagekonstruktion eine Rolle spielen, also für die Sachkompetenz, die Führungsqualitäten, die Glaubwürdigkeit und die persönliche Sympathie (vgl. Tabelle 2).

„Was halten Sie von ...?“ ¹ (Mittelwerte; -5 = überhaupt nichts bis +5 = sehr viel)	Alle		Anhänger	
	<i>Angela Merkel</i>	1,9		3,5
<i>Frank-Walter Steinmeier</i>	1,4		2,5	
„Wenn Sie jetzt einmal <i>Angela Merkel</i> mit <i>Frank-Walter Steinmeier</i> vergleichen: Wer von beiden ...“ ¹	<i>Merkel</i>		<i>Steinmeier</i>	
	Alle	Anhänger	Alle	Anhänger
hat die richtigen Konzepte für die Lösung der wichtigsten Probleme in Deutschland?	30	59	16	31
ist die stärkere Führungspersönlichkeit?	57	75	24	41
ist glaubwürdiger?	41	63	23	38
ist sympathischer?	43	67	32	48
¹ Zu 100 Prozent fehlende Werte: spontan: beide gleich / keiner von beiden sowie weiß nicht / keine Angabe.				
Quelle: Forschungsgruppe Wahlen e.V., Politbarometer Extra Europa, Mai 2009, Mannheim 2009. Infratest dimap, Bericht aus Berlin – KW 10/2009, „Steinmeier/SPD“, Tabellarische Übersichten, Berlin 2009, S. 6 ff.				

Auch bei der den Parteien durch die Wähler zugemessenen Kompetenz zur Lösung der wichtigsten Probleme schnitt die Union deutlich besser ab. Dies galt sowohl für die generelle Problemlösungskompetenz als auch für die allermeisten Probleme der nationalen Poli-

28 Kurz vor der Wahl wussten nur zwei Prozent der Deutschen, wie der Spitzenkandidat der CDU heißt, sechs Prozent konnten die Frage nach dem SPD-Spitzenkandidaten richtig beantworten. Aber auch die Aufstellung nationaler Spitzenpolitiker als EP-Kandidaten nützte nichts: Nur sechs Prozent wussten, dass *Lothar Bisky* die Liste der Linken anführt, *Reinhard Bütikofer* von den Grünen kam auf vier Prozent. *Marcus Ferber* (CSU) und *Rebecca Harms* (Grüne) kannte so gut wie niemand (1 Prozent). Lediglich die FDP-Spitzenkandidatin *Silvana Koch-Mehrin* konnte etwas bessere Werte erzielen: Ihren Namen nannten 13 Prozent der Befragten; vgl. stern-Umfrage zur Europawahl, Keiner kennt die Spitzenkandidaten, in: stern.de vom 4. Juni 2009, <http://www.stern.de/wahl-2009/umfrage/stern-umfrage-zur-europawahl-keiner-kennt-die-spitzenkandidaten-702648.html> (Abruf am 9. November 2009).

tik und ebenso für die Vertretung der Interessen Deutschlands in der Europäischen Union (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3: Problemlösungskompetenzen der Parteien in den Augen der Wähler (Angaben in Prozent)

„Ich nenne Ihnen jetzt einige ausgewählte politische Aufgaben. Bitte sagen Sie mir jeweils, welcher Partei Sie am ehesten zutrauen, diese Aufgabe zu lösen“

	CDU/ CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke
Die aktuelle Wirtschaftskrise und deren Folgen bewältigen	43	22	7	2	2
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	39	28	7	3	4
Die Wirtschaft in Deutschland voranbringen	48	20	11	2	2
Eine gute Haushalts- und Finanzpolitik betreiben	37	27	11	2	2
Die internationalen Finanzmärkte beaufsichtigen	42	20	7	2	3
Sich in der Krise am ehesten um die Arbeitnehmer kümmern	22	48	6	2	7
Deutschlands Interessen in der Europäischen Union vertreten	49	25	5	3	3
Die wichtigsten Probleme Deutschlands lösen	41	23	4	3	4

Quelle: Infratest dimap, Deutschland vor der Europawahl 2009. Tabellarische Übersichten, Berlin 2009, S. 53 ff.

Angesichts des sehr hohen Anteils an „Spätentscheidern“, die ihre Entscheidung erst wenige Tage vor der Wahl oder am Wahltag selbst trafen²⁹, war für das Verhalten von themenorientierten Wählern die Rettung von Opel und Arcandor als dominierendes Thema der letzten Woche vor der Wahl von großer Bedeutung. Die in Tabelle 4 wiedergegebenen Orientierungsmuster lassen vermuten, dass die SPD-Strategie der Fixierung auf die staatliche Rettung von Arbeitskräften um jeden Preis der Partei eher geschadet als geholfen hat: Die Mehrheit der Befragten insgesamt und der noch Unentschlossenen im Besonderen hätte eine Insolvenz von Opel den gegebenen Staatsbürgschaften vorgezogen, und beide Gruppen waren mit der Arbeit *Karl-Theodor zu Guttenbergs* bei den Bemühungen zur Opel-Rettung am meisten und mit der Arbeit *Frank-Walter Steinmeiers* am wenigsten zufrieden. Zudem war die Mehrheit der Befragten der Ansicht, die SPD gehe eher leichtfertig mit Steuergeldern um, wenn Unternehmen nach Staatsgeldern rufen, und neun von zehn Bürgern sahen bei der Karstadt-Rettung zunächst die Eigentümer selbst in der Pflicht. Dies deutet darauf hin, dass einerseits die gesellschaftliche Solidarität der Nicht-Betroffenen mit den akut Gefährdeten weniger ausgeprägt war, als die SPD unterstellte und andererseits die Maxime ‚den vom Jobverlust Bedrohten beistehen‘ sich „in den Köpfen nicht weniger Menschen als: Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren“³⁰ übersetzte.

Im Gegensatz zu der anfangs oft geäußerten Erwartung hat die Krise auch der Linkspartei bei der Europawahl nichts genützt. Die Ursachen hierfür liegen zum einen in den parteiinternen Streitigkeiten um die allgemein- und europapolitische Ausrichtung, die der Partei ein negatives Medienecho bescherten, und zum anderen in der geringen Zuweisung von

29 Die Spätentscheider machten 43 Prozent aus, bei der Bundestagswahl 2005 waren es 29 Prozent; vgl. Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 27), S. 63 f.

30 *Peter Dausend*, Der Insolvenzverwalter, in: *Die Zeit* vom 10. Juni 2009.

Problemlösungskompetenz durch die Wähler: Zwar bescheinigten knapp drei Viertel der Linken, die Dinge beim Namen zu nennen, aber ebenso viele Wähler waren der Ansicht, sie habe keine Konzepte zur Bewältigung der Krise. Zudem genossen ihre Spitzenpolitiker bei den Wählern im Parteienvergleich das geringste Vertrauen.³¹ Im Gegensatz zur Linken konnten die Grünen mit dem Wahlergebnis zufrieden sein. Es zeigte sich auch bei dieser EP-Wahl wieder, dass die Grünen ihre höhergebildete und europapolitisch vergleichsweise stärker interessierte Klientel besser mobilisieren können als die anderen Parteien³², zumal wenn ihr Wahlkampf auf die für diese Klientel wichtigen Themen setzt, wie es mit dem „Green New Deal“ der Fall war. Die FDP profitierte von ihrem klaren Wirtschaftsprofil, das ihr angesichts der staatsinterventionistischen Krisenbewältigungsstrategie der beiden Großparteien die marktliberalen Wählerschichten zutrieb.

Tabelle 4: Haltung der Bevölkerung zur Opel- und Karstadt-Rettung (Angaben in Prozent)

	Alle	SPD-Anhänger	Unentschiedene
„Es gab unterschiedliche Meinungen, welchen Weg man einschlagen sollte, um möglichst viele Arbeitsplätze beim angeschlagenen Opel-Konzern zu retten. Was hätten Sie für den besseren Weg gehalten?“			
Opel meldet Insolvenz an, erklärt sich damit zahlungsunfähig und anschließend wird versucht, möglichst viele Unternehmensteile zu erhalten	59	45	55
Der Bund und die Länder stellen wie geschehen Bürgschaften von bis zu 4,5 Milliarden Euro zur Verfügung und Opel kann weiterarbeiten	35	48	34
Weiß nicht / keine Angabe	6	7	11
„Sind Sie mit der Arbeit, die ... bei den Bemühungen um die Rettung von Opel geleistet hat, eher zufrieden oder eher unzufrieden?“ (Prozent „eher zufrieden“)			
<i>Karl-Theodor zu Guttenberg</i>	61	51	53
<i>Angela Merkel</i>	52	55	51
<i>Peer Steinbrück</i>	48	59	39
<i>Frank-Walter Steinmeier</i>	36	58	32
„Die SPD geht eher leichtfertig mit Steuergeldern um, wenn Unternehmen nach Staatsgeldern rufen“ (Zustimmung)	55		
„Bei Karstadt sollen das zunächst die Eigentümer selbst regeln“ (Zustimmung)	90		
Quellen: Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 31), S. 106; Infratest dimap, DeutschlandTREND extra, Juni 2009, Berlin 2009.			

31 Vgl. Infratest dimap, Deutschland vor der Europawahl 2009. Tabellarische Übersichten, Berlin 2009, S. 96 f.

32 Die Anhänger der Grünen hatten vor der Wahl von allen Parteianhängern das größte Interesse an der Europawahl (vgl. Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 31), S. 6), und die Grünen verloren von allen Parteien bei der Europawahl im Vergleich zur Bundestagswahl den geringsten Anteil ihrer Wählerklientel (30 Prozent, während die Hälfte der damaligen SPD-Wähler diesmal zu Hause blieb). Eigene Berechnungen mit Daten der Wählerwanderungsbilanz von Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 27), S. 15 ff.

4. Das Wahlergebnis in Europa und die Zusammensetzung des neu gewählten Europäischen Parlaments³³

Von den circa 375 Millionen Wahlberechtigten in den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben bei der EP-Wahl 2009 nach den vom Europäischen Parlament veröffentlichten Endergebnissen deutlich weniger als die Hälfte (43 Prozent) von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht.³⁴ Die These, dass die Wahlbeteiligung bei EP-Wahlen systematisch niedriger ist als bei nationalen Parlamentswahlen, hat sich ohne Ausnahme in allen 27 Mitgliedstaaten bestätigt. Der Effekt zeigte sich sogar in den Ländern mit Wahlpflicht, das heißt in Belgien, Griechenland, Luxemburg und Zypern. In einundzwanzig der siebenundzwanzig Mitgliedstaaten gingen weniger als drei Viertel derjenigen, die bei der letzten nationalen Parlamentswahl ihre Stimme abgegeben hatten, zur Wahl, in sechs dieser Länder war es sogar deutlich weniger als die Hälfte. Die größte Diskrepanz besteht in der Slowakei, wo fast zwei Drittel der Wähler bei der Parlamentswahl von 2006 diesmal zu Hause blieben.

Vergleicht man die Beteiligungsraten an der Europawahl 2009 zwischen den einzelnen Staaten, so zeigen sich gravierende Unterschiede. Das Schlusslicht bildet – wie auch schon 2004 – die Slowakei mit 19,6 Prozent. Die beiden Länder mit der höchsten Wahlbeteiligung sind Belgien und Luxemburg (jeweils über 90 Prozent), also zwei der Staaten mit Wahlpflicht, wobei in Luxemburg als einzigem Mitgliedsland gleichzeitig auch die nationale Parlamentswahl stattfand. Gesamteuropäisch ist die Wahlbeteiligung 2009 gegenüber 2004 nochmals von 45,5 auf 43 Prozent zurückgegangen. Dem liegt jedoch eine uneinheitliche Entwicklung in den einzelnen Mitgliedstaaten zugrunde. In sechzehn Staaten ging die Wahlbeteiligung zurück, in den übrigen elf Staaten stieg sie. In Deutschland lag sie geringfügig höher als 2004 (43,3 gegenüber 43,0 Prozent), in Estland stieg sie jedoch von 26,8 auf 43,9 Prozent, während sie in Litauen von 48,4 auf 21,0 Prozent sank. Betrachtet man die langfristige Entwicklung, so lässt sich von den ersten Direktwahlen des EP 1979 bis heute ein stetiger Rückgang feststellen. Bei der Interpretation dieser Entwicklung darf jedoch nicht vergessen werden, dass die EU in diesen dreißig Jahren in mehreren Schritten von neun auf 27 Mitgliedstaaten mit sehr unterschiedlicher nationaler Beteiligungstradition angewachsen ist.

Neben der These bezüglich der Wahlbeteiligung kann auch die These zur Parteienwahl, das heißt die Erwartung, dass die Bürger die den Regierungschef stellende Partei abstrafen, empirisch bestätigt werden, allerdings nicht mit der gleichen Uneingeschränktheit: In mehr als vier Fünfteln der Mitgliedstaaten, nämlich in 22 von 27, mussten die den nationalen Regierungschef stellenden Parteien gegenüber der jeweiligen letzten nationalen Parlamentswahl mehr oder minder große Verluste hinnehmen. In zehn Fällen handelte es sich dabei um christdemokratisch/konservative Parteien, in sieben Fällen um sozialdemokratische und

33 Die hier berichteten Ergebnisse wurden den im Internet veröffentlichten Informationen des EP über die Endergebnisse der Wahlen und die Zusammensetzung des EP nach der konstituierenden Sitzung (Stand vom 16. Juli 2009) entnommen; <http://www.elections2009-results.eu/de> (Abruf am 20. Juli 2009).

34 Zur europaweiten Analyse des Wahlergebnisses vgl. ausführlicher: *Oskar Niedermayer*, *Europawahl 2009. Zusammenhänge, Ergebnisse und Folgen*, Reihe „Internationale Politikanalyse“ der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2009.

in fünf Fällen um liberale Parteien (einschließlich der irischen Fianna Fáil, die vor der Wahl ihren Übertritt zu den Liberalen angekündigt hatte).³⁵ Dramatische Verluste von mindestens einem Viertel ihres nationalen Wählerpotenzials erlitten zwei Parteien aus der christdemokratisch-konservativen Parteifamilie (die französische UMP und die schwedischen Moderaten), fünf sozialdemokratische Regierungsparteien (die bulgarische BSP, die portugiesische PS, die slowenische SD, die ungarische MSZP und die britische Labour Party) und drei liberale Parteien (die dänische Venstre, die Reformpartei aus Estland und die irische Fianna Fáil). Es wurden somit Regierungsparteien aus allen drei großen Parteifamilien abgestraft, wobei es die Sozialdemokraten in Ungarn und Großbritannien am stärksten traf.

In einigen der Länder, in denen die Partei des Regierungschefs im Vergleich zur letzten Parlamentswahl Verluste einstecken musste, konnte die große Oppositionspartei vor allem wegen hausgemachter Probleme davon nicht profitieren und verlor selbst noch stärker, so dass die Regierungspartei als „gefühlter Sieger“ aus der Wahl hervorging: In Frankreich stürzten die von einem Psychodrama um ihre Führung gebeutelten und an ihrem Rand von radikalen Sektierern geschwächten oppositionellen Sozialisten (PS) gegenüber der nationalen Parlamentswahl von 2007 noch etwas stärker ab als Präsident *Nicolas Sarkozy*s UMP, und in Italien hielten sich die Verluste von *Silvio Berlusconi*s PdL gegenüber 2008 trotz der die Endphase des Wahlkampfes beherrschenden Eskapaden des Ministerpräsidenten³⁶ in engen Grenzen, während die in einer tiefen Krise steckende Oppositionspartei PD deutlich an Zustimmung verlor.

Deutschland gehört zu den fünf Ländern, in denen die Partei des Regierungschefs gegenüber der letzten nationalen Parlamentswahl Zugewinne verzeichnete. Daneben konnten die christdemokratisch-konservativen Parteien aus Litauen (TS-LKD) und Polen (PO) zulegen. In der Slowakei gelang dies der sozialdemokratischen Smer-SD und in Zypern der AKEL, die im EP der Fraktion der Linken angehört.

Wechselt man zur europäischen Vergleichsperspektive, um zu verdeutlichen, welche Parteifamilien angesichts der neuen Zusammensetzung des EP europaweit zu den Gewinnern und welche zu den Verlierern gegenüber 2004 gehören, so sagen die absoluten Abgeordnetenzahlen nicht viel aus, da das EP von 732 Mitgliedern im Jahre 2004 mit dem Beitritt Bulgariens und Rumäniens 2007 vorübergehend auf 785 erhöht und durch den Vertrag von Nizza für die Wahl von 2009 auf 736 gesenkt wurde.³⁷ Am sinnvollsten ist es daher, die Anteile der einzelnen Fraktionen vor der Wahl 2009 und zum Zeitpunkt der konstituierenden Sitzung am 14. Juli 2009 zu vergleichen. Dieses Vorgehen wird jedoch durch die Tatsache erschwert, dass sich nach der Wahl Veränderungen der Fraktionsstruktur des EP vollzogen haben.

35 In Lettland ist die Regierung allerdings kurz vor der Wahl wegen Auseinanderbrechens der Koalition zurückgetreten und in Tschechien wurde sie durch ein Misstrauensvotum gestürzt.

36 Erst wollte er Showgirls in das EP wählen lassen, dann kamen Gerüchte um eine zweifelhafte Beziehung zu einer Minderjährigen auf, und schließlich drehte sich die Auseinandersetzung um Nacktfotos von einer Party auf *Berlusconi*s Anwesen in Sardinien.

37 Wenn der Vertrag von Lissabon während der Wahlperiode in Kraft tritt, wird die Gesamtzahl auf 751 ansteigen (die zusätzlichen MEPs sind bereits jetzt gewählt und erhalten zunächst einen Beobachterstatus, Deutschland, wird dann drei Parlamentarier verlieren, kann aber alle seine 99 jetzt gewählten MEPs bis zu den nächsten Wahlen behalten, so dass die Zahl der Abgeordneten bis zur Wahl von 2014 vorübergehend auf 754 anwachsen wird.

Am augenscheinlichsten ist dies bei den Christdemokraten und Konservativen, die bisher in der „Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten“ (EVP-ED) zusammengeschlossen waren und vor der Wahl mit 36,7 Prozent der Abgeordneten die stärkste Fraktion bildeten (vgl. Tabelle 5).

Tabelle 5: Zusammensetzung des Europäischen Parlaments nach Fraktionen

Fraktion	2004 konstituierende Sitzung		2009 vor der Europawahl		2009 konstituierende Sitzung	
	N	%	N	%	N	%
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten	268	36,6	288	36,7	–	–
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	–	–	–	–	265	36,0
Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten ¹	–	–	–	–	54	7,3
Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament	200	27,3	217	27,6	184	25,0
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament						
Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa	88	12,0	100	12,7	84	11,4
Fraktion der Grünen / Freie Europäische Allianz	42	5,7	43	5,5	55	7,5
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke	41	5,6	41	5,2	35	4,8
Fraktion Union für das Europa der Nationen	27	3,7	44	5,6	–	–
Fraktion Unabhängigkeit / Demokratie	37	5,1	22	2,8	32	4,3
Fraktion „Europa der Freiheit und der Demokratie“						
Fraktionslos	29	4,0	30	3,8	27	3,7

¹ Der inzwischen von der Partei ausgeschlossene britische Konservative *Edward McMillan-Scott*, der kurz nach der konstituierenden Sitzung die Fraktion wieder verließ, ist hier schon zu den Fraktionslosen gerechnet.
Quelle: Europäisches Parlament.

Die britischen Konservativen hatten jedoch im März 2009 die Fraktionsgemeinschaft aufgekündigt und strebten – zusammen mit der bisher ebenfalls der EVP-ED angehörigen tschechischen ODS – die Gründung einer neuen, konservativen Fraktion der Lissabongegner und Antiföderalisten an. In den Fraktionsbildungsverhandlungen nach der Wahl konnten die polnische Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) mit 15 Abgeordneten und jeweils ein Abgeordneter aus weiteren fünf Staaten für die neue, 54 Mitglieder umfassende „Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten“ (EKR) gewonnen werden.³⁸ Zusammen repräsentieren die EVP und die EKR nun 43,3 Prozent der Abgeordneten, also deutlich mehr als die frühere EVP-ED.

38 Damit lagen die Voraussetzungen für eine Fraktionsbildung vor. Nach einer Entscheidung des Europäischen Parlaments vom 9. Juli 2008 sind zur Fraktionsbildung mindestens 25 Abgeordnete aus mindestens einem Viertel der Mitgliedstaaten (d.h. aus sieben Ländern) erforderlich.

Die Sozialdemokraten hingegen, die sich erhofft hatten, der von ihnen präferierte Weg aus der Finanz- und Wirtschaftskrise würde bei den Wählern breite Unterstützung erfahren, mussten eine Niederlage einstecken. Auch wenn die Fraktion um den Preis einer Namensänderung in „Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament“ den Ende 2007 gegründeten italienischen Partito Democratico, dessen Abgeordnete aufgrund der unterschiedlichen ideologischen Herkunft seiner ursprünglichen Parteien in der abgelaufenen Wahlperiode nur zum Teil der sozialdemokratischen Fraktion angehörten, ganz zu sich herüberziehen konnte, so sank ihr Anteil an den Abgeordneten immer noch von 27,6 auf 25,0 Prozent. Auch die in der „Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa“ zusammengeschlossenen Liberalen und Zentristen mussten – trotz des Zuwachses durch die irische Fianna Fáil – leichte Verluste von 12,7 auf 11,4 Prozent hinnehmen, und die in der „Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke“ zusammengeschlossenen Parteien links von der Sozialdemokratie sind etwas geschwächt. Gestärkt ist die aus Grünen und Regionalparteien bestehende „Fraktion der Grünen / Freie Europäische Allianz“ aus der Wahl hervorgegangen. Die Fraktion hat ihren Erfolg fast ausschließlich den französischen Grünen unter *Daniel Cohn-Bendit* zu verdanken, die ihre Abgeordnetenzahl von 6 auf 14 steigern konnten, während die deutschen, österreichischen und niederländischen Grünen zusammengenommen von 17 auf 19 Sitze zulegt und die kleinen Regionalparteien stagnierten. Die „Fraktion Union für das Europa der Nationen“ aus nationalkonservativen Parteien wurde Opfer der Neustrukturierung der Fraktionslandschaft.

In den Medienkommentaren zum Ausgang der Europawahlen ist oft ein deutliches Erstarren des rechtsextremen beziehungsweise rechtspopulistischen Rands hervorgehoben worden. Gestützt wurde diese These auf deutliche Erfolge unter anderem der britischen BNP, der italienischen LN, der Freiheitspartei (PVV) in den Niederlanden, der österreichischen FPÖ, der rumänischen PRM und der ungarischen Jobbik. Dabei hat man jedoch übersehen, dass die bisher im EP am stärksten vertretenen Mitglieder dieser Parteifamilie deutliche Rückschläge hinnehmen mussten. Der französische Front National stellt nur noch drei statt sieben Abgeordnete, und die Liga der Polnischen Familien (LPR), bei der letzten Wahl mit zehn Abgeordneten ins EP eingezogen, konnte keinen Sitz gewinnen. Zudem haben auch einige kleinere, bisher im EP vertretene Parteien wie zum Beispiel der belgische VB und die bulgarische Ataka Sitze verloren. Wesentlich für die Stärke der Rechten im EP ist zudem die Tatsache, dass die frühere italienische Alleanza Nazionale (AN), die bei der Wahl von 2004 auf neun Abgeordnete kam, in der im März 2009 gegründeten Popolo della Libertá (PdL) *Silvio Berlusconi* aufgegangen ist, die zur EVP-Fraktion gehört. Im alten EP ließen sich insgesamt 44 Abgeordnete zu den Rechtsextremen zählen, im neuen sind es 37 aus 13 Ländern und 14 Parteien. Auch wenn man berücksichtigt, dass einige Anhänger der früheren AN auf dem PdL-Ticket ins Parlament gelangt sind, kann daher von einem deutlichen Erstarren des rechtsextremen Randes nicht die Rede sein. Zudem ist es den Rechten aufgrund ideologischer Differenzen zwischen Rechtspopulisten und rechtsextremen Hardlinern, personeller Rivalitäten, negativer Erfahrungen mit Kooperationsversuchen und einer Reihe von parteispezifischen Gründen nicht gelungen, sich in einer Fraktion zusammenzuschließen.³⁹

39 Die Mehrheit (21) der rechten Abgeordneten ist fraktionslos.

Neben dem Erstarren des antieuropäischen rechtsextremen Rands wurde auch generell ein deutliches Erstarren der Europakritiker behauptet. Große Aufmerksamkeit erregte die Tatsache, dass die EU-feindliche United Kingdom Independence Party (UKIP) im Vereinigten Königreich landesweit hinter den Conservatives und knapp vor der Labour Party zur zweitstärksten Partei wurde, allerdings nicht wegen ihrer Anti-EU-Haltung, sondern primär wegen des die Nation erschütternden Spesenabrechnungsskandals im Unterhaus. Dabei geriet etwas aus dem Blick, dass die UKIP schon 2004 mit 12 Abgeordneten in das EP eingezogen war und jetzt 13 MEPs stellt. Zudem musste der irische Millionär *Declan Ganley*, der die Kampagne der Lissabon-Gegner in Irland angeführt und danach die Anti-Lissabon-Partei „Libertas“ gegründet hatte, seine Träume von einer europaweiten Repräsentanz begraben.⁴⁰ Insgesamt umfasst die in „Europa der Freiheit und der Demokratie“ umbenannte Fraktion der erklärten EU-Gegner, der neben der UKIP auch 14 MdEPs rechtspopulistischer Parteien wie der italienischen Lega Nord angehören, jetzt 4,3 Prozent der Abgeordneten. Allerdings sind nun die „weichen“ Euroskeptiker in der neuen konservativen Fraktion zusammengefasst und damit schlagkräftiger.

Die deutlichste Auswirkung der neuen Zusammensetzung des EP auf seine zukünftige Personal- und Sachpolitik ist durch die Tatsache gegeben, dass es den europäischen Sozialdemokraten nicht gelungen ist, ihr ehrgeiziges Ziel der Schaffung „neuer Mehrheiten“ für ein „gerechteres, transparenteres, sozialeres Europa“ (so der Fraktionsvorsitzende *Martin Schulz*) zu erreichen. Die sozialdemokratische Fraktion ist schwächer geworden, und die Christdemokraten und Konservativen haben zusammengenommen zugelegt. Für die beiden großen Fraktionen stellt sich somit eine strategische Grundfrage: Sollen sie in Zukunft eine Strategie der lagerübergreifenden Kooperation oder eines lagerbildenden Bündnisses verfolgen?⁴¹ Die erste Variante würde die Praxis der Vergangenheit fortführen, in der die wichtigen Personal- und Sachentscheidungen meist von einem Kompromiss zwischen Sozialdemokraten und EVP-ED geprägt waren, die während der letzten Wahlperiode in 70 Prozent der Abstimmungen gemeinsam votiert und den Posten des Parlamentspräsidenten schon seit längerer Zeit unter sich aufgeteilt haben, indem ein Fraktionsmitglied jeweils die Hälfte der Wahlperiode amtiert. Für diese Strategie spricht aus der Sicht beider Fraktionen, dass sie einen in der Vergangenheit erprobten und effizienten Weg der Mehrheitsbildung darstellt. Dagegen spricht aus der Sicht der Sozialdemokratie, dass sie die Christdemokraten im Bemühen, die Europawahl angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise zu einer Richtungswahl zu machen, im Wahlkampf zusammen mit den Liberalen zum politischen Hauptgegner erklärt hat. Aus Sicht der Christdemokraten spricht dagegen, dass sie angesichts der neuen Kräfteverhältnisse im EP die Sozialdemokraten zur Mehrheitsbildung

40 Noch nicht einmal in Irland selbst erhielt Libertas einen Sitz und der europaweit einzige Libertas-Sitz kam nur zustande, weil die französische MPF-CPNT bei der Wahl unter Libertas firmierte (allerdings hatte diese Partei 2004 noch drei Sitze).

41 Bei der Betrachtung von Bündnisfragen muss allerdings daran erinnert werden, dass der Zusammenhalt innerhalb der europäischen Fraktionen noch nicht mit der Kohäsion von nationalen Parlamentsfraktionen zu vergleichen ist, weil wegen des fehlenden Gegensatzes von Regierungs- und Oppositionsfraktionen der Druck zur „Fraktionsdisziplin“ deutlich geringer ist. Das Maß an geschlossenen Abstimmungen hat jedoch mit der Zeit deutlich zugenommen – die meisten Fraktionen haben in der letzten Wahlperiode in über 80 Prozent der Fälle geschlossen abgestimmt – und es wurden vor der Wahl immer mehr Stimmen laut, zukünftige Mehrheitsbildungsstrategien stärker als bisher an festeren Bündnissen nach dem Links-Rechts-Muster auszurichten.

nicht mehr benötigen, wenn es ihnen gelingt, ein lagerbildendes Bündnis mit den Konservativen und Liberalen zu schmieden. Aus der Sicht der Sozialdemokratie sprechen für die Strategie eines lagerbildenden Bündnisses mit den Grünen und Linken die größeren politisch-ideologischen Gemeinsamkeiten mit diesen Fraktionen im Vergleich zu den Christdemokraten und die Möglichkeit, auf diese Weise die Aktivitäten des EP auch im Hinblick auf die nächsten Europawahlen durch die Verdeutlichung inhaltlicher Kontroversen stärker zu „politisieren“. Der Hauptgrund gegen diese Strategie ist, dass die Sozialdemokraten weder mit den Grünen allein noch mit Grünen und Linken zusammen auch nur in die Nähe der absoluten Mehrheit der Sitze kommen und man daher zur Durchsetzung der eigenen politischen Inhalte darauf angewiesen wäre, je nach Thematik eine beträchtliche Anzahl von Abgeordneten aus den politisch gegnerischen Fraktionen herauszulösen.⁴²

Die Art und Weise, wie die Wahl des Parlamentspräsidenten als erste zentrale Personalentscheidung des EP bei der konstituierenden Sitzung am 14. Juli getroffen wurde⁴³, lässt eine Fortsetzung der Kooperationsstrategie der beiden großen Fraktionen vermuten.

5. Zusammenfassung

Wahlen zum Europäischen Parlament haben einen Doppelcharakter: Einerseits werden damit die Mitglieder einer Institution auf der europäischen Ebene gewählt, andererseits sind sie immer auch eine nationale Nebenwahl, deren Ergebnis von der nationalen Politikebene mitbestimmt wird. Bei EP-Wahlen ist im Vergleich zur letzten nationalen Parlamentswahl mit einer geringeren Wahlbeteiligung und mit einem schlechteren Abschneiden der den Regierungschef stellenden Partei zu rechnen, weil bei Europawahlen in den Augen der Bürger weniger auf dem Spiel steht und sie daher zum Beispiel dazu benützt werden können, die nationale Regierung abzustrafen.

In Deutschland geschah dies bei der Wahl 2004, als die SPD wegen der mangelnden Akzeptanz ihres Reformkurses (Agenda 2010) eine dramatische Niederlage hinnehmen musste. Nach weiteren Niederlagen bei Landtagswahlen wurde die Bundestagswahl vorgezogen, die für die SPD nur deshalb nicht in einem Desaster endete, weil die Union für einen Teil ihrer Wählerschaft einen zu marktliberalen Kurs einschlug. Beide Großparteien, nun an der Regierung, korrigierten ihre Position im Sozialstaatskonflikt spätestens ab Mitte der Wahlperiode. Die SPD konnte dadurch jedoch den verlorenen Teil ihrer traditionellen Klientel nicht zurückgewinnen und durch den Zusammenschluss der Agenda 2010-Protestpartei WASG mit der PDS zur Linkspartei geriet die SPD in eine strukturelle Nachteilsposition gegenüber der Union, die in den Umfragen deutlich führte, obwohl ihr Kurs in der Ende 2008 beginnenden Finanz- und Wirtschaftskrise einige ihrer wirtschaftsliberal gesinnten Anhänger zur FDP trieb.

42 Zwar reicht für viele Entscheidungen auch die relative Mehrheit der Anwesenden, aber gerade für Kontroversen mit dem Rat im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens muss in der zweiten Lesung die absolute Mehrheit erreicht werden, um den Willen des EP durchsetzen zu können.

43 Gewählt wurde der der EVP-Fraktion angehörige Pole *Jerzy Buzek*. Er soll laut einer gemeinsamen Erklärung der sozialdemokratischen, christdemokratischen und liberalen Fraktion den Vorsitz des Parlaments in der ersten Hälfte der Wahlperiode übernehmen, während die Sozialdemokraten den Vorsitzenden für die zweite Hälfte stellen sollen.

Die Europawahl 2009 war für alle Parteien strategisch eine Zwischenstation auf dem Weg zur wenige Monate danach stattfindenden Bundestagswahl. Zwar wurde in den Werbekampagnen die nationale mit der europäischen Politikebene verbunden, aber eine Auseinandersetzung um europapolitische Themen fand kaum statt, und die heiße Wahlkampfphase wurde eindeutig von den Themen Opel- und Karstadt-Rettung dominiert. Die SPD versuchte, die eigene Klientel durch ein neoliberales Feindbild zu mobilisieren und profilierte sich als Nothelfer für vom Jobverlust bedrohte Arbeitnehmer. Die CDU führte einen relativ inhaltsleeren Wahlkampf, der in der Schlussphase deutlich auf die Person der Kanzlerin ausgerichtet war. Die CSU betonte, dass die Interessen Bayerns in Europa nur mit ihr gewahrt blieben. Die FDP betrieb eine konsequente Personalisierung mit ihrer Spitzenkandidatin und empfahl sich als wirtschaftsliberale Kraft. Die Grünen signalisierten eine Verbindung ihrer umweltpolitischen Kernkompetenz mit wirtschafts- und sozialpolitischer Leistungsfähigkeit. Der durch Antimilitarismus und das konsequente Eintreten für soziale Gerechtigkeit bestimmte Wahlkampf der Linken wurde durch parteiinterne Streitigkeiten überschattet.

Die Wahl, charakterisiert durch eine wiederum sehr niedrige Beteiligung der Bürger, bescherte der SPD ein Debakel, während die Union ihre Vormachtstellung untermauern konnte; dabei trug die CSU mit ihrem guten Abschneiden in Bayern deutlich zum Gesamtergebnis bei. Die drei kleinen Parteien gewannen hinzu, wobei die Grünen ihren Spitzenplatz gegenüber der FDP knapp behaupten konnten. Dass die CDU/CSU im Vergleich zur letzten Bundestagswahl entgegen der Nebenwahlthese nicht schlechter abschnitt, lag am Zeitpunkt der Wahl, an der Tatsache, dass der übliche Regierungspopularitätszyklus nicht gegeben war, und an dem deutlichen Vorsprung der Union vor der SPD bei den Orientierungen der Wähler gegenüber den Spitzenkandidaten und den im Wahlkampf relevanten Themen. Insbesondere die Profilierung als staatliche Arbeitsplatzrettungspartei um jeden Preis scheint der SPD in der Schlussphase eher geschadet zu haben. Die Grünen profitierten wiederum von der Tatsache, dass ihre europapolitisch vergleichsweise stärker interessierte Klientel besser zu mobilisieren ist als die der anderen Parteien. Der FDP nützte ihr klares Wirtschaftsprofil, das ihr angesichts der staatsinterventionistischen Krisenbewältigungsstrategie der beiden Großparteien die marktliberalen Wählerschichten zutrieb. Das eher enttäuschende Ergebnis der Linkspartei lag an den parteiinternen Streitigkeiten und der geringen Zuweisung von Problemlösungskompetenz durch die Wähler.

In Gesamteuropa lag die Wahlbeteiligung bei 43 Prozent und war damit in allen 27 Mitgliedstaaten deutlich niedriger als bei den jeweils letzten nationalen Parlamentswahlen. Die These des schlechteren Abschneidens der den Regierungschef stellenden Parteien wurde in mehr als vier Fünfteln der Staaten bestätigt, wobei Regierungsparteien aus allen großen Parteifamilien abgestraft wurden.

Nach der Wahl vollzogen sich Veränderungen in der Fraktionsstruktur des EP. Die bisher in einer Fraktion verbundenen Christdemokraten und Konservativen – die Gewinne verbuchen konnten – spalteten sich auf Betreiben der britischen Conservatives, und die Fraktion „Union für das Europa der Nationen“ löste sich auf. Gestärkt sind die Grünen aus der Wahl hervorgegangen, während die Linken und die Liberalen leichte Verluste hinnehmen mussten. Das in Medienkommentaren oft behauptete deutliche Erstarken des rechten Randes hat nicht stattgefunden. Eine Niederlage verbuchten die Sozialdemokraten. Aufgrund der veränderten Machtverhältnisse stellt sich den beiden größten Fraktionen – den Christdemokraten und den Sozialdemokraten – die strategische Grundfrage, ob sie in Zu-

kunft die bisherige lagerübergreifende Kooperation fortsetzen oder ein lagerbildendes Bündnis (im Falle der Christdemokraten ein Mehrheitsbündnis mit den Konservativen und den Liberalen) eingehen wollen. Die Wahl des Parlamentspräsidenten deutete auf eine Fortsetzung der „informellen Großen Koalition“ hin.

Der Europaausschuss der 16. Wahlperiode: starke Struktur, unambitioniert in eigenen Rechten

*René Brosius-Linke**

Selten waren Abgeordnete, deren Gesetz(e) vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt wurde(n), so zufrieden mit einer Entscheidung wie bei dem Verfahren um den Vertrag von Lissabon. Kernaussage des Gerichtes ist, dass die eigens geschaffenen Beteiligungsrechte des Gesetzgebers in Angelegenheiten der Europäischen Union den Anforderungen des Grundgesetzes nicht genügen. Das müsste eigentlich verwundern, denn das Thema dominierte die gesamte 16. Wahlperiode des Bundestages. Es wurden neue Beteiligungsformen¹ vereinbart, die Geschäftsordnung² verändert und schließlich im Zuge der parlamentarischen Ratifizierung des Vertrages von Lissabon ein neues Beteiligungsgesetz³ geschaffen.

Insbesondere diejenigen Abgeordneten, die nahe an den Geschehnissen⁴ waren, blickten vor dem Urteil erwartungsfroh nach Karlsruhe. Fraktionsübergreifend wurde mit dem „Einziehen von Leitplanken in Bezug auf die Stellung des Parlaments“ gerechnet. Viel mehr als von der Mehrheit der Abgeordneten erhoffte man sich von den Bundesverfassungsrichtern praxisgerechte Trennlinien zwischen legitimatorischen Anforderungen einerseits und europäischen Zwängen andererseits. Doch warum konnte sich die Mehrheit der Abgeordneten in der Vergangenheit nicht selbst dazu durchringen, diese (gewünschten) Leitplanken einzuziehen? Warum blieb am Ende nur ein hoffnungsvoller Blick nach Karlsruhe? Deutlicher konnte man im Vorfeld der Entscheidung eigenes Scheitern kaum eingestehen. Jedenfalls in Bezug auf die Mitwirkung in Angelegenheiten der EU bestand⁵ mangelnde Bereitschaft oder reale Unfähigkeit des Parlaments, eigene Rechte gegenüber Regierungsvertretern durchzusetzen. Ob der europäische Einfluss auf die deutsche Gesetzgebung bei 80 oder

* Der Autor war von 2005 bis 2009 wissenschaftlicher Mitarbeiter des europapolitischen Sprechers der FDP-Bundestagsfraktion *Markus Löning*. Der Beitrag gibt ausschließlich seine persönliche Auffassung wieder.

1 Insbesondere die Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und dem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union (BBV).

2 Änderung GO-BT vom 29. Juli 2008, BGBl. I, S. 1712.

3 BT-Drs. 16/8489.

4 Insbesondere die Obleute des Europaausschusses und Vertreter des Rechtsausschusses.

5 Inwiefern sich dieser Umstand durch die Ende August neu geschaffenen Beteiligungsrechte ändern wird, bleibt einer weitergehenden Untersuchung vorbehalten.